

# *Der Krieg, der jetzt durch die Länder geht, ist der Krieg gegen Dich...*



**Der Hauptfeind steht im eigenen Land!**



**Heraus zum 1. Mai!**

Der Krieg des 21. Jahrhunderts hat bereits begonnen... Sein Ende ist nicht abzusehen...

Wir fordern alle auf, sich am 1. Mai dem internationalistischen Bündnis anzuschließen und mit uns gemeinsam auf die Straße zu gehen! Gegen Militarismus und Krieg, gegen Sozialklaus und Demokratieabbau, gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Der 1. Mai ist und bleibt ein internationaler Kampftag gegen die Barbarei und für den Sozialismus. Gründe zu kämpfen gibt es nach wie vor mehr als genug – auch in Deutschland:

Von deutschem Boden geht wieder Krieg aus. Deutsche Soldaten kämpfen in vorderster Front für die Durchsetzung der „neuen Weltordnung“!

Der Krieg nach außen wird begleitet durch den Abbau demokratischer Bürgerrechte im Innern. Mehrere hundert Gesetze wurden im Hau-Ruck-Verfahren unter dem Deckmantel der „inneren Sicherheit“ ohne öffentliche Diskussion innerhalb weniger Wochen verschärft. Dies dient einzig und allein der vorbeugenden Absicherung einer Politik, die zunehmend bis ausschließlich den herrschenden Zirkeln aus Wirtschaft, Politik und Militär dient und sich somit verschärft gegen die eigene Bevölkerung richtet. Die gravierendsten Einschnitte in persönliche Rechte erfahren augenblicklich diejenigen, denen sogar das minimale demokratische Mitbestimmungsrecht, die Teilnahme an Wahlen, verweigert wird: MigrantInnen. Sie werden überwacht, gegängelt, abgeschoben. Alles streng nach dem Buchstaben der Sondergesetze, somit legal und mit ausdrücklicher Billigung der bürgerlichen deutschen Justiz! Grundrechte, wie die Selbstbestimmung über persönliche Daten, existieren für MigrantInnen – nicht erst seit dem 11. September 2001 – faktisch nicht.

In der Diskussion um das sog. „Zuwanderungsgesetz“ werden die Menschen ausschließlich nach ihrer Verwertbarkeit für den ökonomischen Kapitalverwertungsprozess sortiert. Bedürfnisse der Wirtschaft haben mehr Gewicht, als die angeblich unveräußerlichen Menschenrechte.

Doch die staatlichen Verschärfungen und Entrechtungen machen erfahrungsgemäß nicht bei MigrantInnen halt. Werden die aktuellen Gesetze erst einmal gegen

Menschen ohne deutschen oder europäischen Pass angewandt, wird die Gruppe der Betroffenen nach und nach erweitert. Beispielhaft hierfür: die Kürzung von Sozialhilfe. Wurde diese staatliche Beihilfe, die sich am Existenzminimum orientiert, zunächst bei AsylbewerberInnen auf 80% des Existenzminimums gekürzt, sind nun alle SozialhilfeempfängerInnen davon bedroht.

Der massive Sozialklaus wird weiter und schneller denn je vorangetrieben. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer zahlreicher und ärmer. Durch die gesetzliche Hintertür wird die Zwangsarbeit für Arbeitslose eingeführt. Das nennt sich dann verschleiernd: „Arbeit statt Sozialhilfe“, „aktivierender Sozialstaat“ und „job-aktiv“.

Die unteren und untersten Einkommen werden mit steigenden Verbrauchssteuern und Sozialabgaben immer weiter belastet. Währenddessen werden die Konzerne von der Finanzierung des „Sozialsystems“ befreit – sie zahlen keine Steuern mehr.

Hinzu kommen drastische Einschränkungen im Gesundheitswesen. Mehr und mehr Arzneimittel müssen von den Patienten selber bezahlt werden. Immer weniger Menschen sind dazu aber in der Lage. So wird die Zwei-Klassen-Medizin auf ihren bisher höchsten Punkt getrieben. Gesundheitliche Versorgung ist zu einem Luxus geworden.

Von einer Halbierung der Arbeitslosenzahl kann nach wie vor keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Zahl der Erwerbslosen blieb unverändert. Ausgrenzung und Verelendung sind die „Perspektiven“ für immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft.

Den Gewerkschaften wird zu all dem im sog. „Bündnis für Arbeit“ ein Maulkorb angelegt. Nichts von all dem, was die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen von diesen Gesprächen erwarteten, wurde bisher erreicht. Und die Gewerkschaftsführungen scheuen sich aus sozialdemokratisch parteipolitischer Rücksichtnahme im Wahljahr endlich die einzig richtige Konsequenz zu ziehen:

**Sofortige Beendigung der „Bündnis“ – Gespräche!**

## „Doch kein Zuspät kennt entschlossener Kampfeswille!

### Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Die Herrschenden rechnen auf die Vergesslichkeit der Beherrschten...

Sorgt, dass sie sich gründlich verrechnen!

Sie spekulieren auf die Langmut der Ausgebeuteten...

Wir aber fragen: Wie lange noch sollen die Konzernherren, Sozialklauer, Militaristen und ihre politischen Schaubudenfiguren die Geduld der Menschen missbrauchen?“

Karl Liebknecht

### Für den Moment:

- ⚡ **Gegen Krieg und Militarismus** Gegen Militärbasen und Einmischung sowie gegen die systematische Eskalation von Gewalt.
- ⚡ **Gegen die Festung Europa.** Grenzen weg!  
Für die globale Bewegungsfreiheit der Menschen.
- ⚡ **Für das Recht auf radikale Kritik der herrschenden Verhältnisse,**  
die nach wie vor die der Herrschenden sind.
- ⚡ **Für die Streichung der Auslandsschulden** der trikontinentalen Länder.
- ⚡ **Für die Einführung sozial zweckgebundener Spekulationssteuern**  
und die Abschaffung der Steuerparadiese.
- ⚡ **Für eine soziale Europäische Union,**  
die sich an den Bedürfnissen der momentan noch auf abhängige Beschäftigung Angewiesenen sowie der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit und der Solidarität mit den Menschen des Ostens und Südens orientiert.
- ⚡ **Für eine umfassende, bedarfsgerechte und kostenlose Gesundheitsversorgung.** Gesundheit ist keine Ware.
- ⚡ **Für die Wiederherstellung der paritätischen und umlagefinanzierten Altersrente.**
- ⚡ **Für die Rechte der Jugend,** den freien Zugang zu öffentlicher kostenloser und sozial autonomer Bildung

## **Widerstand dem Kapitalismus, dem Militarismus und Krieg!**

### Für die Zukunft:

## **Für Frieden und Sozialismus!**

## **Hoch die internationale Solidarität!**

**Antifa Bonn/Rhein-Sieg, PDS Bonn, Demosanis Bonn/Rhein-Sieg, DKP Bonn/Rhein-Sieg,  
Kurdistan-Zentrum, DFV Bonn, ARAK ver.di NRW Süd**